



Unterlage zur Pressekonferenz am 15.10.2021

Um leistbares Wohnen für alle sicherzustellen braucht es das Drehen an vielen Schrauben. Besonders wichtig ist das Zusammenwirken von Wohn- und Sozialpolitischen Maßnahmen. Zur wirkungsvollen Verhinderung von Obdach- und Wohnungslosigkeit müssen die hier zurast genannten vier sozialpolitischen Maßnahmen gut ineinandergreifen. Wie wichtig diese sind, hat uns schon die Finanzkrise 2008 gelehrt. Ohne den österreichischen Sozialstaat wären die Auswirkungen auf die Armutsbetroffenheit um ein Vielfaches schlimmer gewesen. Das sollte uns in der jetzigen Gesundheits- und Sozialkrise ein Ansporn sein den Sozialstaat aus- statt abzubauen.

Existenzsicherung

Es braucht Löhne und Sozialleistungen in armutsfester Höhe. Die untersten Einkommensbezieher:innen haben in den 20 Jahren von 1997 bis 2017 über 16 Prozent ihres Netto-Einkommens verloren. Das wirkt sich natürlich auf massiv an die daran gekoppelten Höhen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe aus. Jegliche Kürzungen würden hier mittelfristig zu mehr Wohnungslosigkeit führen. Und jede Steuerreform muss in erster Linie die untersten Einkommenssegmente entlasten.

Wohnungssicherung

Die ersten Anlaufstellen für Menschen mit Geldsorgen sind oft die (Sozial)Beratungsstellen der Sozialeinrichtungen. Seit Beginn der Pandemie kommen immer mehr Menschen mit Miet- und Energierückständen. In diesen Stellen könnten Sozialarbeiter:innen Wohnungen sichern; wenn diese Stellen entsprechend ausgestattet würden. Schnelle Hilfestellungen könnten hier Verfestigungen von Armutslagen abwenden. Vielfach könnte hier der verdeckten Wohnungslosigkeit, von der besonders Frauen betroffen sind, entgegengewirkt werden.

Delogierungsprävention

Wenn die Räumungsklage da ist braucht es spezialisierte Hilfeleistung. Eigene Fachstellen mit entsprechend ausgebildeten Sozialarbeiter:innen bieten Beratung, Begleitung und unterstützen bei der Übernahme von Rückständen durch die öffentliche Hand. Dieses Netz muss österreichweit ausgebaut werden. Ein erster wichtiger Schritt dazu sind die von Bundesminister Mückstein zugesagten 24 Millionen Euro.

Wohnungslosenhilfe

Wenn es dennoch zum Wohnungsverlust kommen sollte braucht es eine rasche Wohnversorgung der betroffenen Menschen. Am nachhaltigsten und effizientesten ist für die meisten eine Wohnung mit Betreuung nach Housing First Standards. Zahlen aus Wien belegen, dass 5 Jahre nach Mietvertragsunterzeichnung 91 Prozent der Haushalte weiter in ihren Housing First Wohnungen leben. Die eigene Wohnung und ein Betreuungsangebot haben sich europaweit bewährt. Manchmal aber braucht es



auch andere Wohnformen wie Wohngemeinschaften, gemeinschaftliches Wohnen mit Unterstützung vor Ort oder sogar (so kurz wie möglich) niederschwellige Notschlafstellen.

Leistbares Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss auch als solches behandelt werden! Damit es auch leistbar, dauerhaft und inklusiv ist, braucht es u.a. folgende Maßnahmen:

- Das Recht auf Schutz vor Wohnungslosigkeit, Armut und Ausgrenzung muss durch die Ratifizierung der Paragraphen 30 und 31 der Sozial-Charta gewährleistet und durch die Annahme des Zusatzprotokolls über Kollektivbeschwerden einklagbar werden.
- In der öffentlichen Förderung von Wohnungsneubau sowie — sanierung und in der Verwaltung des geförderten Wohnungsbestandes ist der Fokus darauf zu legen, den Bestand an Mietwohnungen insgesamt zu erhalten und den Anteil geförderter Mietwohnungen auszubauen.
- Wohnpolitische Instrumente, die eine Wohnversorgung abseits einer Marktlogik bzw. Gewinnmaximierung realisieren — z.B. das gemeinnützige sowie das kommunale Wohnungssegment — müssen gestärkt werden.

Alle Forderungen unter [BAWO-Positionspapier](#)

Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2025 beenden, [Policy Paper](#) der BAWO